

GESCHICHTE DER VOLKSGRUPPE

Viktor Krieger

Verweigerung, Protest und Widerstand der Russlanddeutschen im Sowjetstaat (Teil 5)

Widerstandsformen im Zwangsarbeitslager
Fortsetzung von VadW 2-5/2007

Die Situation, in der sich die deutsche Volksgruppe infolge der erhobenen Verratsvorwürfe, der Deportationen, der Konfiszierung des Vermögens und der Verstreuung über das Riesenterritorium Sibiriens und Kasachstans befand, machte es einfach unmöglich, ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen, zumal sie durch den Krieg mit Deutschland und der grassierenden Gräuelpopaganda keine Unterstützung seitens der anderen sowjetischen Völker oder aus dem Ausland erwarten konnten. Der Großteil der Russlanddeutschen glaubte an einen verhängnisvollen Irrtum und dachte nicht im entferntesten daran, irgendeinen Widerstand gegen die Staatsmacht zu leisten.

Soweit bekannt, rief die Auflösung der Wolgadeutschen Republik nicht den geringsten Einspruch seitens der Partei oder Staatsautoritäten in der Zentrale bzw. der Regierenden in den Unions- oder anderen autonomen Republiken hervor: Durch die vorangegangenen Terrorjahre waren die nationalen Eliten und die Bevölkerung insgesamt viel zu sehr eingeschüchtert.

Immerhin wagte die stalinistische Führung zum ersten Mal in der Geschichte des Sowjetstaates die gewaltsame Auflösung eines etablierten und von der Verfassung geschützten nationalen Territoriums, was eine qualitative Steigerung in der Praxis des bolschewistischen Terrors darstellte. Wie sich zeigen sollte, diente die Vorgehensweise den Russlanddeutschen gegenüber als Vorlage zu späteren ethnischen Säuberungen im In- und Ausland.

Auch die Einweisung ins Arbeitslager rief keinen wirkungsvollen Protest hervor. Die bekannten Fälle widerständischen Verhaltens waren vor allem ein Ausdruck persönlicher Überlebensstrategien: Flucht, Selbstverstümmelung, Krankmeldung...

Kollektive Protestaktionen hatten in den abgeriegelten Zonen und in der von Zuträgern durchsetzten Masse kaum Erfolgchancen. Es konnte nur vereinzelt verzweifelter und spontanes Aufbegehren entstehen, das von der Wache bzw. den Sicherheitskräften zumeist sofort unterdrückt wurde.

Flucht bzw. Desertion

Die sichtbarste Form des individuellen Widerstands in all den Jahren des Einsatzes im Arbeitslager war eindeutig die Flucht. Zwangsarbeiter suchten diesen Ausweg sowohl aus Protest gegen den erniedrigenden Status eines mobilisierten Deutschen als auch wegen der unerträglichen Arbeits- und Lebensbedingungen an den Orten ihrer Zwangsverpflichtung. Eine nicht zu unterschätzende Motivation

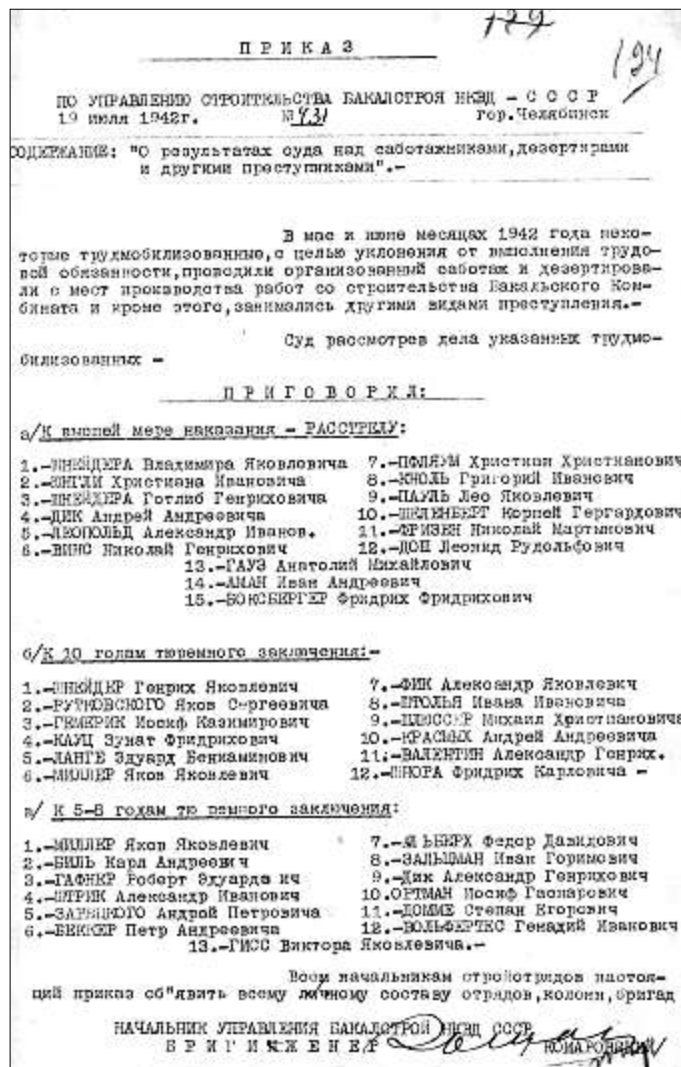
war zusätzlich die drückende Sorge um den Gesundheitszustand oder sogar das Überleben der zurückgebliebenen Angehörigen.

So verließen in den ersten Monaten nach der Einweisung 513 Trudarmisten oder 1,8 Prozent ihrer Gesamtzahl eigenmächtig die Großbaustelle des Tscheljabmetallurgstroj des NKWD.

Die Lagerverwaltung unternahm eine Reihe von Maßnahmen, um eine deutliche Reduktion der Fluchtzahlen zu bewirken. Zum einen entzog man den eingetroffenen Deutschen alle Personaldokumente wie Pässe, Militärausweise und Bescheinigungen jeglicher Art.

Reguläre Durchsuchungen der Baracken auf verbotene Gegenstände – Kompass, Stech- und Schneidwerkzeuge, Taschen- und Rasiermesser, Uhren, Karten, sogar saubere Kleidung – sollten die Ausbruchgefahr minimieren. Die militari- sierte Wache bekam strikte Anweisungen zur erhöhten Vorsicht gegenüber diesem zu Staatsfeinden abgestempelten Lagerkontingent.

Die ergriffenen "Deserteure" wurden zu harten Strafen, einschließlich Erschießungen, verurteilt. Solche drakonischen Strafen dienten vor allem der Abschreckung und Gefügigmachung der Zwangsarbeiter. In der Lagerzone erschienen regelmäßig Bekanntmachungen Dutzender Namen



Bekanntmachung vom 19. Juli 1942 des Verwaltungschefs des Arbeitslagers Bakalstroj (ab August 1942 Tscheljabmetallurgstroj), Alexander Komarowski, über wegen angeblicher Sabotage und Fluchtversuche erschossene oder zur Einweisung ins Straflager verurteilte Deutsche. Diese Bekanntmachung enthält die ersten 15 Namen der erschossenen und 25 Namen der verurteilten Zwangsarbeiter.

GESCHICHTE DER VOLKSGRUPPE

von abgeurteilten Deutschen samt der Angabe des verhängten Strafmaßes.

Die einheimische Bevölkerung, durch massive germanophobe Propaganda und Verlust der Angehörigen in den kämpfenden Einheiten ohnehin erbittert, wurde vor Kontakten mit den Arbeitsmobilisierten gewarnt und zur Anzeige der Entlaufenen bzw. Mithilfe bei ihrer Verfolgung aufgerufen. So entstanden in den umliegenden Dörfern und Eisenbahnstationen rund um die Baustelle des Tscheljabmetallurgstroj in kurzer Zeit 39 Hilfsgruppen mit 526 Mitgliedern, die sich aktiv an Fahndungen beteiligten. Für einen festgehaltenen Deutschen bekamen sie Kopfgeldprämien und die Möglichkeit, sich in den Läden des Arbeitslagers mit Lebensmitteln und Konsumgütern einzudecken.

Die Zahl der Deserteure in anderen Industriebranchen war wesentlich höher als im System des Volkskommissariats des Inneren: 1943 flüchteten aus den Arbeitskolonnen des NKWD 1.839 Trudarmisten oder 1,6 Prozent ihrer Gesamtzahl; aus dem Volkskommissariat für Kohleförderung entsprechend 4.474 bzw. 7,9 Prozent und aus dem Volkskommissariat für Munition 1.987 bzw. 24,8 Prozent.

Die Geheimpolizei erklärte die erhöhte Fluchtbewegung aus den Industriebetrieben zum einen durch die deprimierenden Verhältnisse am Arbeitsplatz und in den Unterkünften. Viele Betriebsleiter hatten zudem weder Mittel noch Möglichkeiten, die Deutschen an einigen wenigen Produktionsabschnitten zu konzentrieren und ihre geschlossene Bewachung am Arbeitsplatz und in den Unterkünften zu gewährleisten.

Der wichtigste Fluchtgrund der Frauen waren indes die zu Hause gelassenen minderjährigen Kinder, die sich ohne el-

terliche Aufsicht in einem verwahrlosten Zustand befanden und sich herumtrieben und bettelten.

Die Bestrafungen der ergriffenen Frauen und Jugendlichen bis 16 Jahre fielen nicht so hart aus wie die der Männer im wehrpflichtigen Alter: In diesen Fällen drohte den Deserteuren "nur" eine fünf- bis achtjährige Verurteilung und Überführung ins Straflager.

Der chronische Mangel an Arbeitskräften bewirkte einen nachsichtigeren Umgang mit den Übeltätern: Von den zum 1. August 1943 ergriffenen 495 Flüchtlingen aus den Werken und Fabriken des Gebietes Nowosibirsk wurden lediglich 38 Deutsche als "notorische Deserteure" eingestuft und gerichtlich belangt; alle anderen ließ man weiterarbeiten. Nicht zuletzt war diese nachlassende Strenge dem ausdrücklichen Wunsch der Wirtschaftsmanager geschuldet, die diese Kräfte, die sonst im Straflager gelandet wären, für ihre Betriebe benötigten.

Kollektive Auflehnungen und Widersetzlichkeiten

Archivdokumenten und Erinnerungen von Zeitzeugen nach fanden kollektive Unmutsbekundungen verhältnismäßig selten statt. Das ging im Wesentlichen auf die Vereinsamung und Entsolidarisierung der Zwangsarbeiter zurück, deren Behauptungswille zusätzlich durch das Vorhandensein zahlreicher Spitzel und die abschreckend wirkende Härte einer möglichen strafrechtlichen Verfolgung gelähmt wurde. Wenn es dennoch zu solchen Unmutsbekundungen kam, handelte es sich vor allem um spontane Aktionen, um gruppenspezifische Reaktionen auf einen besonders eklatant empfundenen Verstoß bzw. eine offensichtliche Verletzung ihrer bescheidenen Rechte.

Als typischer Vorfall kann ein Geschehen in der Kantine der Kohlenvereinigung "Tscheljabugol" in der Stadt Tscheljabinsk Anfang 1943 betrachtet werden: Der arbeitsmobilisierte Jakob Schuhmacher versuchte mit gefälschten Lebensmittelkarten eine zusätzliche Mahlzeit zu bekommen. Von den diensthabenden Mitarbeitern des Betrugs überführt, rief er nach Unterstützung und bekam spontane Solidaritätsbekundungen der etwa 100 anwesenden Deutschen. Neben scharfer Kritik an der Kantinenleitung, in der sich die lang angestaute Unzufriedenheit mit den mageren Portionen äußerte, wollten die Geheimpolizisten "antisowjetische Aufrufe gegen die bestehende Ordnung und die Maßnahmen der Sowjetregierung und ihrer Führer" vernommen haben.

Drei aktive Teilnehmer dieses Aufbegehrens – im NKWD-Jargon *volynka* genannt – wurden verhaftet und nach § 58, Abs. 10 (Aufforderung zum Sturz der Sowjetherrschaft) und § 59, Abs. 2 (Massenunruhen) belangt.

Jeglichen Versuch, Massenproteste zu organisieren, schlugen die Sicherheitsorgane brutal nieder. Der Aufruf des Mobilisierten Johann Gossen im Bogoslow-Lager, das zur Errichtung eines Aluminiumswerkes (BAZ-Stroj) im Gebiet Swerdlowsk organisiert wurde, durch kollektive Arbeitsniederlegung bessere Verpflegung und Bekleidung zu erhalten, kostete ihm das Leben: Aufgrund einer Denunziation landete Gossen am 28. Oktober 1941 im Untersuchungsgefängnis. Zwei Monate später verurteilte ihn das Swerdlowsker Gebietsgericht in einer Sondersitzung ohne Anhörung und Zulassung eines Verteidigers "wegen konterrevolutionärer Agitation und Sabotage" zum Tod durch Erschießen.

Politisch motivierter Protest

Neben der individuellen bzw. gruppenspezifischen Resistenz und Auflehnung trat bisweilen auch ein durchaus ideologisch begründeter Protest in Erscheinung. Dieser formierte sich in erster Linie in den national abgesonderten deutschen Parteiorganisationen in den Arbeitslagern und forderte sowohl die Änderung der politischen und arbeitsrechtlichen Stellung der Zwangsarbeiter als auch die Verbesserung der miserablen Arbeits- bzw. Lebensbedingungen in den Einsatzorten.

Die höchst ambivalente Lage der deutschen Kommunisten "hinter dem Stacheldraht" blieb nicht ohne Widerspruch. Angetrieben durch die bittere Enttäuschung, welche die stalinistischen Parteikader

Suchanzeigen

Joan Hepperlen, P.O. Box 1799, Ocean Shoes, WA 98569, USA, sucht Nachkommen von Jacob **Bechthold**, geb. 1870 in Neu-Dönnhof, Russland. Er war Radmacher und Schmied. Er hatte drei Brüder und einen Halbbruder, die nach Amerika auswanderten; seine Mutter war Katharina geb. Nafts, sein Vater Johann d. Jacob Bechthold.

Alexander Baumung, In den Hähnen 14, 53560 Vettelschoss, Tel.02645-2614, E-Mail: AlexBaumung@web.de, sucht für eine familiengeschichtliche Forschung Bilder und Erinnerungen aus den Dörfern **Hussenbach und Neu-Norka im Wolgagebiet**. Sie erhalten die Bilder garantiert zurück.

Buchempfehlung: Gottlieb Eirich: "Menschenschicksale", erschienen 2006 in St. Petersburg (russisch).

Der Autor führt den Leser zurück in die Sowjetunion der 40er bis 80er Jahre des letzten Jahrhunderts. Hunderttausende Deutsche in der Sowjetunion waren über Nacht zu "Verrätern" und "Volksfeinden" geworden und somit für Jahrzehnte Opfer der sowjetischen Willkür. Das Buch endet symbolisch mit der Reise des Verfassers nach Engels an der Wolga 1984; zum ersten Mal nach der Deportation kehrt er in die Stadt zurück, in der er seine Kinder- und Jugendjahre verbracht hat.

**Zu bestellen beim Autor:
Tel.: 09721-299047**

GESCHICHTE DER VOLKSGRUPPE

und Sympathisanten des bolschewistischen Regimes unter den Russlanddeutschen nach den pauschalen Verratsbeschuldigungen, der Deportation und der ausnahmslosen Rekrutierung in die Zwangsarbeitslager erlitten hatten, verlangten einige Genossen, die ihre Selbstachtung noch nicht aufgegeben hatten, die "Einhaltung der leninschen-stalinschen Nationalitätenpolitik". Kurz nach der ersten Masseneinweisung im Januar 1942 berichtete die Politische Abteilung des Bogoslow-Lagers über solche Unmuterscheinungen:

"Es sind einige Trudarmisten-Kommunisten, die sich über falsche Maßnahmen der Sowjetmacht in Bezug auf ihre Mobilisierung nach BAZ-Stroj beschwert haben. Der Sekretär des Parteibüros des 3. Bautruppe, Walento, schrieb in seinem Brief, den er an den Genossen Stalin und an die Politabteilung der Baustelle richtete, dass er, anstelle an die Front geschickt worden zu sein, sich in einem Konzentrationslager mit Stacheldrahtumzäunung und Wachposten befände und dass sich die Trudarmisten in nichts von den Häftlingen unterscheiden würden. In Gesprächen äußerte er weiterhin Unzufriedenheit mit der Verpflegung solcher Mobilisierten, die ihre Arbeitsnorm nicht erfüllten. Dabei sagte er, dass man mit einer dünnen Wassersuppe nicht weit vorankommen könnte."

Nicht selten erfüllte diese Kritik den Tatbestand der antisowjetischen Agitation und Propaganda und diente als Anlass zum Eingreifen der Geheimpolizei. Über einen authentischen Fall solcher Standhaftigkeit sind wir dank Ermittlungunterlagen verhältnismäßig gut informiert: Iwan (Johann) Becker, 1909 in armen Verhältnissen auf dem Lande geboren, stieg zum Mitarbeiter im operativen Bereich der Kantonabteilung des NKWD und später zum Abteilungsleiter im Exekutivkomitee des Kantons Krasnyj Kut, Wolgadeutsche Republik, auf. Die Deportation und anschließend die Überführung ins Arbeitslager Iwdel im Gebiet Swerdlowsk im Januar 1942 empfand dieser bolschewistische Aufsteiger stets als eine grundlose Kollektivbestrafung. Nach der Verhaftung im Mai 1945 blieb er hartnäckig und stritt die erhobenen Vorwürfe einer staatsfeindlichen Tätigkeit beharrlich ab, wurde aber zu zehn Jahren Straflager verurteilt.

In der Untersuchungshaft verfasste Becker ein bemerkenswertes Dokument kommunistischer Gesinnung, indem er den Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über die Zwangsausiedlung der Deutschen als "nicht richtig" bezeichnete und die Einweisung ins

Arbeitslager "der Vernichtung der Deutschen" gleichsetzte, weil sie wie Häftlinge behandelt würden und deswegen "ein ungeheures Sterben eintrat". Der oft zitierten Losung "Töte den Deutschen, wenn du leben willst" konnte er nichts abgewinnen, und die Regierung beging

seiner Meinung nach einen Fehler, indem sie "den gestandenen Kommunisten, Komsomolzen und besten treu gesinnten Parteilosen" den Fronteinsatz verweigerte und sogar die Abberufung der "kampfgeprobten Deutschen" aus der Roten Armee verfügte.